

19.09.2022

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 345 vom 18. August 2022  
der Abgeordneten Lena Teschlade und Jochen Ott SPD  
Drucksache 18/569

### Ein Winter voller Zwangsräumungen?

#### *Vorbemerkung der Kleinen Anfrage*

Bei einer Zwangsräumung am 03. August 2022 in Köln-Ostheim erschoss die Polizei Köln einen 48-jährigen Mieter, der sich zuvor der Zwangsräumung seiner Wohnung mit Gewalt widersetzte. Dieser Vorfall hat einmal mehr eine Debatte über die Notwendigkeit von Zwangsräumungen angestoßen.

Am Samstag, den 06. August 2022 haben zahlreiche wohnungspolitische Gruppen, darunter „Recht auf Stadt“ unter dem Motto „Zwangsräumungen zerstören Leben!“ in Köln gegen Zwangsräumungen demonstriert. Die Teilnehmenden der Demo forderten Stadt und Land auf, Möglichkeiten zu suchen, um betroffenen Menschen zu helfen, bevor es zu einer Zwangsräumung kommt. Mit Hinblick auf den Winter befürchteten die wohnungspolitischen Gruppen eine erhöhte Anzahl an Zwangsräumungen durch die gestiegenen Nebenkosten, die für viele Mieterinnen und Mieter zu erheblichen Belastungen bis hin zum Verlust der Wohnung führen können.

Auch der Mieterbund NRW befürchtet, dass sich die Situation in den kommenden Wochen und Monaten für armutsbetroffene und -gefährdete Haushalte aufgrund der steigenden Energiekosten und der allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten weiter zuspitzen wird<sup>1</sup>.

**Der Minister der Justiz** hat die Kleine Anfrage 345 mit Schreiben vom 19. September 2022 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration, dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung beantwortet.

#### **1. *Wie viele Zwangsräumungen hat es in Nordrhein-Westfalen in den letzten fünf Jahren gegeben? (Bitte trennscharf aufschlüsseln nach Kommunen.)***

Konkrete Zahlen tatsächlich durchgeführter Räumungen werden erst seit dem vierten Quartal 2019 statistisch erfasst, nachdem das Bundesamt für Justiz im Auftrag des

---

<sup>1</sup> [https://rp-online.de/nrw/panorama/duesseldorf-mieterbund-nrw-appelliert-wegen-energiekosten-an-politik\\_aid-73756197](https://rp-online.de/nrw/panorama/duesseldorf-mieterbund-nrw-appelliert-wegen-energiekosten-an-politik_aid-73756197)

Bundesministeriums der Justiz um Übermittlung entsprechender Daten gebeten hat. Zuvor erfolgte lediglich eine Erfassung der entsprechenden Auftragszahlen, unabhängig von der Frage, ob der Auftrag durch eine Zwangsräumung oder anderweitig (freiwillige Räumung, Auftragsrücknahme) erledigt wurde.

Eine Zählung der tatsächlich durchgeführten Räumungen erfolgt seither unter Differenzierung nach Räumungen von Wohnraum und Räumungen von sonstigen, nicht Wohnzwecken dienenden Räumen. Eine Aufschlüsselung nach Kommunen war in der zur Beantwortung der Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht möglich. Die Zahlen liegen hier lediglich getrennt nach Oberlandesgerichtsbezirken vor.

Die Daten seit dem vierten Quartal 2019 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle.

<b>Anzahl tatsächlich durchgeführter Räumungen</b>						
<b>Oberlandesgericht</b>	<b>Q4 2019</b>		<b>2020</b>		<b>2021</b>	
	<b>Wohnun- gen</b>	<b>Sonstige</b>	<b>Wohnun- gen</b>	<b>Sonstige</b>	<b>Wohnun- gen</b>	<b>Sonstige</b>
Düsseldorf	927	59	2.704	159	2.576	134
Köln	527	30	1.728	109	1.589	126
Hamm	1.207	67	4.158	303	4.028	203
<b>insgesamt</b>	<b>2.661</b>	<b>156</b>	<b>8.590</b>	<b>571</b>	<b>8.193</b>	<b>463</b>

2. **Wie viele Menschen in Nordrhein-Westfalen sind aktuell von Zwangsräumungen bedroht? (Bitte trennscharf aufschlüsseln nach Kommunen.)**
3. **Wie viele Kinder (U18) sind in Nordrhein-Westfalen von Zwangsräumungen bedroht? (Bitte trennscharf aufschlüsseln nach Kommunen.)**
4. **Wie viele Rentner sind in Nordrhein-Westfalen von Zwangsräumungen bedroht? (Bitte trennscharf aufschlüsseln nach Kommunen.)**

Die Fragen 2 bis 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Eine Beantwortung der Fragen 2 bis 4 ist in der zur Beantwortung der Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht möglich. Zu den Fragen liegen keine Zahlen vor. Diese müssten bei den rund 1.000 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern – sofern die erbetenen Daten im Vorfeld einer Zwangsräumung überhaupt bekannt sind – händisch erfasst und ausgewertet werden.

5. **Was tut die Landesregierung im Vorfeld, um Zwangsräumungen zu verhindern? (Bitte konkrete Maßnahmen auflisten.)**

Im Rahmen der Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit „Endlich ein ZUHAUSE!“ finanziert die Landesregierung sog. „Kümmerer“-Projekte, die eng mit der Wohnungswirtschaft kooperieren. In diesen Projekten arbeiten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit Immobilienfachleuten zusammen. Die Fachleute kümmern sich um Personen, denen der Verlust der Wohnung droht, und um solche, die aufgrund von Obdach- oder Wohnungslosigkeit dauerhaft eine reguläre Wohnung benötigen. Außerdem stehen sie der Wohnungswirtschaft als Ansprechpersonen zur Verfügung.

Im Übrigen steht der Räumungsschuldnerin bzw. dem Räumungsschuldner der Vollstreckungsschutz gemäß § 765a Zivilprozessordnung zu. Bei der Vorschrift handelt es sich um

eine auffangende Generalklausel des Schuldnerschutzes, welche das Vollstreckungsgericht bei der Auslegung des Begriffs „sittenwidrige Härte“ verpflichtet, „die Wertentscheidungen des Grundgesetzes und die dem Schuldner in der Zwangsvollstreckung gewährleisteten Grundrechte zu berücksichtigen“ (vgl. BVerfGE 52, 214 (219 f.)).